Presseinformation

18. Oktober 2007

72-prozentige Förderung im Rahmen der Kindergartenoffensive

Mikl-Leitner: Impulse auch für Wirtschaft und Arbeitsmarkt

„Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dem Land ein großes Anliegen", sagte Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner heute, 18. Oktober, in St. Pölten und informierte auch über die Details der aktuellen Kindergartenoffensive des Landes. Künftig können auch zweieinhalbjährige Kinder einen Landeskindergarten besuchen.

„Dieser familienpolitische Meilenstein schließt die Lücke zwischen dem Auslaufen des Karenzgeldes und dem Eintritt in den Kindergarten", betonte Mikl-Leitner. Zudem würden damit auch Wirtschaftsimpulse gesetzt. Durch die Errichtung der benötigten Räumlichkeiten werde ein Gesamtinvestitionsvolumen von 145 Millionen Euro ausgelöst. Diese Maßnahme habe auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Den Bedarf an zusätzlichen BetreuerInnen bzw. PädagogInnen bezifferte sie mit 600. Weiters werde eine Modernisierungswelle in den heimischen Kindergärten ausgelöst, so Mikl-Leitner.

Im Zusammenhang mit der Kindergartenoffensive muss auch das Kindergartengesetz in einigen Bereichen geändert werden. So soll in Zukunft zunächst die Einrichtung von bis zu acht Kindergartengruppen möglich sein. Überdies soll es zu Änderungen bei den Gruppengrößen kommen: Ab 2010 sollen Gruppen mit 28 Kindern nicht mehr geführt werden können. „In der Regel werden es dann 25 Kinder pro Gruppe sein", betonte Mikl-Leitner. Kindergartengruppen, in denen maximal vier Zweieinhalbjährige untergebracht sind, dürfen dann eine Größe von 20 Kindern nicht überschreiten. Bei fünf Zweieinhalbjährigen reduziert sich die Gesamtgröße der Gruppe auf 19. Schließlich sollen auch „flexible Kleinkindgruppen" geführt werden können, deren Größe sich auf maximal 12 Kinder beläuft und in der mindestens sechs zweieinhalb bis dreijährige Kinder untergebracht sind.

Ein weiterer Schritt zur Umsetzung der Offensive sei neben der Gesetzesänderung die Unterstützung der Städte und Gemeinden, meinte Mikl-Leitner. Während die Kommunen bisher für den Bau von Kindergärten eine 20-prozentige Förderung aus dem Schul- und Kindergartenfonds erhalten haben, werden künftig 50 Prozent der Kosten vom Land getragen. Durch Zinsenzuschüsse bzw. eine Finanzsonderaktion können die Kommunen insgesamt mit Förderungen von bis zu 72 Prozent rechnen. Auch die so genannten „Mobilen Kindergärten", die die Kommunen in der Zwischenzeit anbieten können, werden zur Gänze vom Land finanziert: Die Städte und Gemeinden müssten lediglich für die Anschlüsse von Wasser, Kanal und Strom aufkommen, unterstrich Mikl-Leitner.

Zudem wurde ein Aktionsteam gegründet, das den Kommunen bei der Umsetzung der

E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

neuen Möglichkeiten mit seinem Know-how zur Seite stehen soll. Dieses Team ist ab sofort unter der Telefonnummer 0676/812 12 271 von Montag bis Freitag zwischen 9 und 16 Uhr erreichbar.

Nähere Informationen: Büro LR Mikl-Leitner, Mag. Susanne Schiller, Telefon 02742/9005-12626, e-mail susanne.schiller@noel.gv.at.

E-Mail: presse@noel.gv.at